



Der Heilige Stuhl

**ANSPRACHE VON PAPST FRANZISKUS
AN DAS BEIM HEILIGEN STUHL AKKREDITIERTE
DIPLOMATISCHE KORPS**

*Segnungsaula
Montag, 8. Januar 2024*

[Multimedia]

Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie heute Morgen zu empfangen, um Sie persönlich zu begrüßen und Ihnen alles Gute für das neue Jahr zu wünschen. Ich danke insbesondere Seiner Exzellenz, Botschafter George Poulides, dem Dekan des Diplomatischen Korps, für seine freundlichen Worte, die die Sorgen der internationalen Gemeinschaft zu Beginn eines Jahres, das wir uns als ein friedliches wünschen würden und das stattdessen mit Konflikten und Spaltungen beginnt, gut zum Ausdruck bringen.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um Ihnen für Ihr Engagement bei der Förderung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Ihren Ländern zu danken. Im vergangenen Jahr wurde unsere „diplomatische Familie“ durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Sultanat Oman und die Ernennung des ersten Botschafters weiter vergrößert, der hier anwesend ist.

Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, dass der Heilige Stuhl einen Päpstlichen Vertreter in Hanoi ernannt hat, nachdem das entsprechende Abkommen über den Status des Päpstlichen Vertreters mit Vietnam im Juli letzten Jahres geschlossen wurde. Damit soll der dank der häufigen

Beziehungen auf institutioneller Ebene und dank der Zusammenarbeit mit der Ortskirche bisher im Zeichen gegenseitigen Respekts und Vertrauens beschrittene Weg gemeinsam fortgesetzt werden.

2023 wurde auch das Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und Kasachstan über die gegenseitigen Beziehungen vom 24. September 1998 ratifiziert, das die Anwesenheit und Beschäftigung von pastoralen Mitarbeitern im Land erleichtert. Außerdem konnten vier bedeutende Jubiläen gefeiert werden: das 100-jährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen mit der Republik Panama, das 70-jährige Bestehen der Beziehungen mit der Islamischen Republik Iran, das 60-jährige Bestehen der Beziehungen mit der Republik Korea und das 50-jährige Bestehen der Beziehungen mit Australien.

Liebe Botschafterinnen und Botschafter,

es gibt ein Wort, das an den beiden wichtigsten christlichen Festen in besonderer Weise erklingt. Wir hören es im Gesang der Engel, die in der Nacht die Geburt des Erlösers verkünden, und wir vernehmen es aus dem Mund des auferstandenen Jesus: Es ist das Wort „Frieden“. Er ist in erster Linie ein Geschenk Gottes. Er ist es, der uns seinen Frieden hinterlässt (vgl. *Joh 14,27*); aber gleichzeitig liegt er auch in unserer Verantwortung: »Selig, die Frieden stiften« (*Mt 5,9*). Arbeiten für den Frieden. Ein Wort, das so zerbrechlich und gleichzeitig so anspruchsvoll und bedeutsam ist. Ihm möchte ich unsere heutige Betrachtung widmen, in einem Moment der Geschichte, in dem er zunehmend bedroht, geschwächt und zum Teil verloren ist. Schließlich ist es die Aufgabe des Heiligen Stuhls, innerhalb der internationalen Gemeinschaft eine prophetische Stimme zu sein und an das Gewissen zu appellieren.

An Heiligabend 1944 richtete Pius XII. eine berühmte Radiobotschaft an die Völker der ganzen Welt. Der Zweite Weltkrieg ging nach mehr als fünf Jahren des Konflikts dem Ende entgegen und die Menschheit – so der Papst – verspürte den immer klareren und festeren Willen, »diesen Weltkrieg, diesen allgemeinen Umsturz zum Ausgangspunkt für ein neues Zeitalter, für eine tiefgreifende Erneuerung« [1] zu machen. Achtzig Jahre später scheint der Antrieb für diese „tiefgreifende Erneuerung“ erloschen zu sein, und die Welt wird von immer mehr Konflikten heimgesucht, die das, was ich wiederholt als „dritten Weltkrieg in Stücken“ bezeichnet habe, langsam in einen echten globalen Konflikt verwandeln.

Ich kann an dieser Stelle nicht umhin, erneut meine Besorgnis über die Geschehnisse in Palästina und Israel zum Ausdruck zu bringen. Wir alle waren schockiert über den Terroranschlag gegen die Bevölkerung in Israel am 7. Oktober, bei dem so viele unschuldige Menschen auf grausame Art und Weise verletzt, misshandelt und getötet und viele als Geiseln genommen wurden. Ich wiederhole meine Verurteilung dieser Aktion und aller Formen des Terrorismus und Extremismus: Dadurch werden die Probleme zwischen den Völkern nicht gelöst, sondern vielmehr verschärft, was überall Leid verursacht. Tatsächlich hat dies eine starke militärische Reaktion Israels im

Gazastreifen hervorgerufen, die zum Tod von Zehntausenden von Palästinenserinnen und Palästinensern, zumeist Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder, Jugendliche und junge Menschen, geführt und eine äußerst ernste humanitäre Situation mit unvorstellbarem Leid verursacht hat.

Ich wiederhole meinen Appell an alle beteiligten Parteien für einen Waffenstillstand an allen Fronten, auch im Libanon, und für die sofortige Freilassung aller Geiseln in Gaza. Ich rufe dazu auf, der palästinensischen Bevölkerung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen und Krankenhäusern, Schulen und religiösen Stätten jeden notwendigen Schutz zu gewähren.

Ich hoffe, dass die Internationale Gemeinschaft entschlossen die Zwei-Staaten-Lösung, einen israelischen und einen palästinensischen Staat sowie einen international garantierten Sonderstatus für die Stadt Jerusalem, verfolgen wird, damit Israelis und Palästinenser endlich in Frieden und Sicherheit leben können.

Der derzeitige Konflikt in Gaza führt zu einer weiteren Destabilisierung einer fragilen und spannungsgeladenen Region. Insbesondere darf man das syrische Volk nicht vergessen, das in einer wirtschaftlich und politisch instabilen Situation lebt, die durch das Erdbeben im vergangenen Februar noch verschlimmert wurde. Die internationale Gemeinschaft sollte die beteiligten Parteien dazu ermutigen, einen konstruktiven und ernsthaften Dialog zu führen und nach neuen Lösungen zu suchen, damit das syrische Volk nicht länger unter den internationalen Sanktionen leiden muss. Außerdem bringe ich mein Mitgefühl für die Millionen syrischer Flüchtlinge zum Ausdruck, die sich noch immer in den Nachbarländern wie Jordanien und Libanon aufhalten.

Ich denke insbesondere an letzteres und bin besorgt über die soziale und wirtschaftliche Lage, in der sich das geliebte libanesische Volk befindet. Zudem hoffe ich, dass der institutionelle Stillstand, der es noch weiter in die Knie zwingt, aufgelöst wird und dass das Land der Zedern bald einen Präsidenten haben wird.

Bleiben wir auf dem asiatischen Kontinent. Da möchte ich die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auch auf Myanmar lenken und darum bitten, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um diesem Gebiet Hoffnung zu geben und den jungen Generationen eine würdige Zukunft zu ermöglichen, ohne dabei die humanitäre Notlage zu vergessen, von der die Rohingya immer noch betroffen sind.

Neben diesen komplexen Situationen gibt es auch Zeichen der Hoffnung, wie ich während meiner Reise in die Mongolei erfahren durfte, deren Autoritäten ich erneut für die Gastfreundschaft danke, die sie mir gewährt haben. Ebenso möchte ich mich bei den ungarischen Regierungsstellen für ihre Gastfreundschaft während meines Besuchs in diesem Land im vergangenen April bedanken. Es war eine Reise in das Herz Europas, wo man Geschichte und Kultur atmet und wo ich die Herzlichkeit vieler Menschen erlebte, aber auch die Nähe eines Konflikts spürte, den wir im

Europa des 21. Jahrhunderts nicht für möglich gehalten hätten.

Leider hat nach fast zwei Jahren des groß angelegten Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine der ersehnte Frieden immer noch nicht den Weg in die Köpfe und Herzen gefunden, trotz der zahlreichen Opfer und der enormen Zerstörung. Einen Konflikt, der sich zum Nachteil von Millionen von Menschen immer mehr verfestigt, kann man nicht weiter andauern lassen, sondern man muss dieser Tragödie unter Beachtung des Völkerrechts auf dem Verhandlungsweg ein Ende setzen.

Ich bin auch besorgt über die angespannte Situation im Südkaukasus zwischen Armenien und Aserbaidschan und fordere die Parteien auf, zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu gelangen. Es ist dringend notwendig, eine Lösung für die dramatische humanitäre Situation der Bewohner dieser Region zu finden, die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat auf legale und sichere Weise zu ermöglichen und die Andachtsstätten der verschiedenen dort ansässigen Religionsgemeinschaften zu achten. Solche Schritte könnten dazu beitragen, im Hinblick auf den lang ersehnten Frieden ein Klima des Vertrauens zwischen den beiden Ländern zu schaffen.

Wenn wir nun unseren Blick auf Afrika richten, haben wir das Leid von Millionen von Menschen vor Augen, die unter den vielfältigen humanitären Krisen leiden, in denen sich verschiedene Länder südlich der Sahara befinden. Diese sind bedingt durch den internationalen Terrorismus, die komplexen soziopolitischen Probleme und die verheerenden Auswirkungen, die vom Klimawandel hervorgerufen wurden, zu denen noch die Folgen von Militärputschen in einigen Ländern und von bestimmten Wahlprozessen kommen, die von Korruption, Einschüchterung und Gewalt geprägt sind.

Gleichzeitig appelliere ich erneut für ein ernsthaftes Engagement aller Beteiligten bei der Umsetzung des Abkommens von Pretoria vom November 2022, das die Kämpfe in Tigray beendete, und ebenso bei der Suche nach friedlichen Lösungen für die Spannungen und die Gewalt in Äthiopien sowie für den Dialog, den Frieden und Stabilität zwischen den Ländern am Horn von Afrika.

Ich möchte auch an die dramatischen Ereignisse im Sudan erinnern, wo es nach Monaten des Bürgerkriegs leider immer noch keinen Ausweg gibt, sowie an die Situation der Vertriebenen in Kamerun, Mosambik, der Demokratischen Republik Kongo und im Südsudan. Eben diese beiden letztgenannten Länder durfte ich Anfang des vergangenen Jahres besuchen, um den Menschen, die dort in unterschiedlichen Situationen Leid erfahren, ein Zeichen der Nähe zu geben. Ich danke den Behörden beider Länder von Herzen für ihre organisatorischen Bemühungen und für den Empfang, den sie mir bereitet haben. Die Reise in den Südsudan hatte auch einen ökumenischen Charakter, da ich vom Erzbischof von Canterbury und dem Moderator der Generalversammlung der Kirche von Schottland begleitet wurde, was das gemeinsame Engagement unserer kirchlichen Gemeinschaften für Frieden und Versöhnung bezeugt.

Obwohl es auf dem amerikanischen Kontinent keine offenen Kriege gibt, herrschen zwischen einigen Ländern starke Spannungen, z.B. zwischen Venezuela und Guyana, während wir in anderen Ländern, wie z.B. Peru, eine Polarisierung beobachten, die den sozialen Frieden gefährdet und die demokratischen Institutionen schwächt.

Noch immer gibt die Situation in Nicaragua Anlass zur Sorge: eine anhaltende Krise mit schmerzhaften Folgen für die gesamte nicaraguanische Gesellschaft und insbesondere für die katholische Kirche. Der Heilige Stuhl hört nicht auf, zu einem respektvollen diplomatischen Dialog zum Wohle der Katholiken und der gesamten Bevölkerung aufzurufen.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

hinter diesem Bild, das ich kurz und ohne Anspruch auf Vollständigkeit skizzieren wollte, verbirgt sich eine zunehmend zerrissene Welt, aber vor allem Millionen von Menschen – Männer, Frauen, Väter, Mütter, Kinder – deren Gesichter uns meist unbekannt sind und die wir oft vergessen.

Auf der anderen Seite finden moderne Kriege nicht mehr nur auf fest begrenzten Schlachtfeldern statt und sie betreffen auch nicht nur die Soldaten. Wo die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen nicht mehr beachtet zu werden scheint, gibt es keinen Konflikt, der nicht am Ende auf die ein oder andere Weise unterschiedslos die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft zieht. Die Ereignisse in der Ukraine und im Gazastreifen sind ein klarer Beweis dafür. Wir dürfen nicht vergessen, dass die schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Kriegsverbrechen sind und dass es nicht ausreicht, sie aufzudecken, sondern dass es notwendig ist, sie zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft muss sich daher stärker für den Schutz und die Umsetzung des humanitären Völkerrechts einsetzen, da dies der einzige Weg ist, die Menschenwürde in kriegesischen Konfliktsituationen zu schützen.

Zu Beginn dieses Jahres klingt die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils in *Gaudium et spes* so aktuell wie nie zuvor: »Für den Kriegsfall bestehen verschiedene internationale Konventionen, von einer recht großen Anzahl von Ländern mit dem Ziel unterzeichnet, die Unmenschlichkeit von Kriegshandlungen und -folgen zu mindern. [...] Alle diese Verträge müssen gehalten werden. Außerdem müssen alle, insbesondere die Regierungen und die Sachverständigen, alles tun, um diese Abmachungen nach Möglichkeit zu verbessern und dadurch die Unmenschlichkeiten des Krieges besser und wirksamer einzudämmen.« [2] Auch wenn es sich um die Ausübung des Rechtes auf Notwehr handelt, ist es unverzichtbar, die Verhältnismäßigkeit bei der Gewaltanwendung zu wahren.

Vielleicht ist uns nicht klar, dass zivile Opfer keine „Kollateralschäden“ sind. Es sind Männer und Frauen mit Vor- und Nachnamen, die ihr Leben verlieren. Es sind Kinder, die zu Waisen werden und um ihre Zukunft gebracht werden. Es sind Menschen, die hungern, dürsten und frieren, oder die durch die Wirkung der modernen Waffen verstümmelt werden. Wenn wir jedem einzelnen von

ihnen in die Augen schauen, sie beim Namen nennen und ihre persönliche Geschichte erzählen könnten, würden wir den Krieg als das erkennen, was er ist: nichts als eine entsetzliche Tragödie und „ein unnötiges Blutbad“ [3], das die Würde jedes Menschen auf dieser Erde verletzt.

Auf der anderen Seite können die Kriege dank der enormen Verfügbarkeit von Waffen weitergeführt werden. Es gilt, eine Abrüstungspolitik zu verfolgen, denn es ist illusorisch zu glauben, dass Rüstung einen abschreckenden Effekt hat. Eher das Gegenteil ist der Fall: Die Verfügbarkeit von Waffen ermutigt zu ihrem Einsatz und steigert ihre Produktion. Waffen schaffen Misstrauen und entziehen Ressourcen. Wie viele Leben könnten mit den Mitteln, die heute für Rüstung ausgegeben werden, gerettet werden? Wäre es nicht besser, sie in eine echte globale Sicherheit zu investieren? Die Herausforderungen unserer Zeit machen nicht an den Grenzen halt, wie die verschiedenen Krisen – Ernährungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Gesundheitskrisen – zeigen, die den Beginn des neuen Jahrhunderts kennzeichnen. An dieser Stelle wiederhole ich den Vorschlag, einen globalen Fonds einzurichten, um endlich den Hunger [4] zu beseitigen und eine nachhaltige Entwicklung des gesamten Planeten zu fördern.

Unter den Bedrohungen, die von solchen Todeswerkzeugen ausgehen, kann ich nicht umhin, die Bedrohung durch Atomwaffenarsenale und die Entwicklung von immer ausgefeilteren und zerstörerischen Sprengkörpern zu erwähnen. Ich wiederhole noch einmal, dass es unmoralisch ist, Atomwaffen herzustellen und zu besitzen. In diesem Zusammenhang bringe ich die Hoffnung zum Ausdruck, dass es baldmöglichst zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Wiederherstellung des *Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans*, besser bekannt unter dem Namen „Atomabkommen mit dem Iran“, kommt, um eine sicherere Zukunft für alle zu gewährleisten.

Um Frieden zu erreichen, genügt es jedoch nicht, nur die Kriegsmittel zu beseitigen, es müssen auch die Ursachen der Kriege ausgemerzt werden, allen voran der Hunger, eine Geißel, von der noch immer ganze Regionen der Erde betroffen sind, während in anderen Regionen massive Lebensmittelverschwendung herrscht. Dann ist da noch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die einige wenige reich macht und ganze Bevölkerungsgruppen, die eigentlich die natürlichen Nutznießer dieser Ressourcen wären, in Elend und Armut zurücklässt. Damit verbunden ist die Ausbeutung von Menschen, die gezwungen sind, unterbezahlt und ohne echte Aussichten auf eine berufliche Weiterentwicklung zu arbeiten.

Zu den Ursachen von Konflikten gehören auch Natur- und Umweltkatastrophen. Sicherlich gibt es Katastrophen, die der Mensch nicht kontrollieren kann. Ich denke dabei an die jüngsten Erdbeben in Marokko und China, die Hunderte von Opfern forderten, sowie an das schwere Erdbeben in der Türkei und in Teilen Syriens, das eine schreckliche Spur von Tod und Zerstörung hinterlassen hat. Ich denke auch an die Überschwemmung in Derna in Libyen, die die Stadt praktisch zerstört hat, auch weil gleichzeitig zwei Dämme eingebrochen sind.

Es gibt jedoch auch Katastrophen, die auf das Handeln oder die Versäumnisse von Seiten des Menschen zurückzuführen sind und die erheblich zur aktuellen Klimakrise beitragen, wie etwa die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes, der „grünen Lunge“ der Erde.

Die Klima- und Umweltkrise war das Thema der *XXVIII. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen* (COP28), die letzten Monat in Dubai stattfand und an der ich leider nicht persönlich teilnehmen konnte. Die Konferenz begann mit der Bekanntgabe der Weltorganisation für Meteorologie, dass 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor 174 Jahren war. Die Klimakrise erfordert eine immer dringendere Antwort und das volle Engagement aller Menschen und der gesamten internationalen Gemeinschaft [5].

Die Verabschiedung des Abschlussdokuments auf der COP28 ist ein ermutigender Schritt und zeigt, dass es angesichts der vielen Krisen, die wir erleben, eine Chance gibt, den Multilateralismus durch die Behandlung der globalen Klimafrage neu zu beleben, in einer Welt, in der ökologische, soziale und politische Probleme eng miteinander verwoben sind. Auf der COP28 wurde deutlich, dass dieses das entscheidende Jahrzehnt ist, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Die Bewahrung der Schöpfung und der Frieden »sind die dringlichsten Probleme und sie sind miteinander verbunden« [6]. Ich hoffe daher, dass das, was in Dubai vereinbart wurde, zu einer »entschiedenen Beschleunigung des ökologischen Wandels führt, und zwar durch Vorgehensweisen, die [...] in vier Bereichen umgesetzt werden, nämlich in den Bereichen der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien, des Ausschlusses fossiler Brennstoffe und der Erziehung zu Lebensweisen, die von diesen Brennstoffen weniger abhängig sind« [7].

Die Kriege, die Armut und der Missbrauch unseres gemeinsamen Hauses sowie die kontinuierliche Ausbeutung seiner Ressourcen, die den Naturkatastrophen zugrunde liegen, sind auch die Gründe, die Tausende von Menschen dazu bringen, ihre Heimat auf der Suche nach einer Zukunft in Frieden und Sicherheit zu verlassen. Auf ihrer Reise setzen sie ihr Leben auf gefährlichen Routen aufs Spiel, zum Beispiel in der Wüste Sahara, im Darién Gap an der Grenze zwischen Kolumbien und Panama, in Zentralamerika, im Norden Mexikos, an der Grenze zu den Vereinigten Staaten und vor allem im Mittelmeer. Letzteres ist in den vergangenen zehn Jahren leider zu einem großen Friedhof geworden, auf dem sich immer wieder Tragödien ereignen, die auch auf skrupellose Menschenhändler zurückzuführen sind. Unter den vielen Opfern sind, vergessen wir das nicht, auch viele unbegleitete Minderjährige.

Das Mittelmeer sollte stattdessen eine *Werkstatt des Friedens* sein, ein Ort, »an dem sich verschiedene Länder und Wirklichkeiten auf der Grundlage unseres gemeinsamen Menschseins [...] begegnen« [8], wie ich bei meiner Reise nach Marseille anlässlich der *Rencontres Méditerranéennes*, für die ich den Organisatoren und den französischen Behörden danke, betont habe. Angesichts dieser ungeheuren Tragödie verschließen wir leicht unser Herz und verschanzen uns hinter der Angst vor einer „Invasion“. Wir vergessen leicht, dass wir es mit

Menschen zu tun haben, die Gesichter und Namen haben, und wir ignorieren die eigentliche Berufung des *Mare Nostrum*, das kein Grab sein soll, sondern ein Ort der Begegnung und der gegenseitigen Bereicherung zwischen Menschen, Völkern und Kulturen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Migration reguliert werden muss, damit Migranten aufgenommen, gefördert, begleitet und integriert werden können, unter Berücksichtigung der Kultur, des Empfindens und der Sicherheit der Bevölkerungsgruppen, die die Aufnahme und Integration übernehmen. Andererseits muss auch an das Recht erinnert werden, im eigenen Land bleiben zu können, und an die daraus resultierende Notwendigkeit, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass dies auch tatsächlich geschehen kann.

Angesichts dieser Herausforderung darf kein Land allein gelassen werden, noch ist es denkbar, das Problem isoliert durch restriktivere und repressivere Gesetze anzugehen, die manchmal unter dem Druck der Angst oder zur Steigerung der Wählergunst verabschiedet werden. Ich begrüße daher das Bestreben der Europäischen Union, mit der Einführung des neuen Migrations- und Asylpakts eine gemeinsame Lösung zu finden, auch wenn ich einige Grenzen dieses Paktes sehe, insbesondere hinsichtlich der Anerkennung des Rechts auf Asyl und der Gefahr willkürlichen Freiheitsentzugs.

Liebe Botschafterinnen und Botschafter,

der Weg des Friedens erfordert die Achtung vor dem Leben, vor jedem menschlichen Leben, angefangen bei dem des ungeborenen Kindes im Mutterleib, das weder beseitigt noch zu einem Objekt der Kommerzialisierung gemacht werden darf. In diesem Zusammenhang halte ich die Praxis der sogenannten Leihmutterschaft für verwerflich, da sie die Würde der Frau und des Kindes schwer verletzt. Sie basiert auf der Ausnutzung der materiellen Notlage der Mutter. Ein Kind ist immer ein Geschenk und niemals ein Vertragsgegenstand. Ich plädiere daher dafür, dass sich die internationale Gemeinschaft für ein weltweites Verbot dieser Praxis einsetzt. Das menschliche Leben muss in jedem Moment seiner Existenz bewahrt und geschützt werden. Gleichzeitig stelle ich mit Bedauern fest, dass sich vor allem im Westen eine Kultur des Todes ausbreitet, die im Namen eines vorgetäuschten Mitleids Kinder, Alte und Kranke aussondert.

Der Weg des Friedens erfordert die Achtung der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, deren 75-jähriges Bestehen wir kürzlich gefeiert haben, einfach und klar formuliert sind. Es handelt sich dabei um rational einleuchtende und allgemein anerkannte Grundsätze. Leider haben die Versuche der letzten Jahrzehnte, neue Rechte einzuführen, die nicht ganz mit den ursprünglich definierten übereinstimmen und nicht immer akzeptabel sind, zu ideologischen Kolonisierungen geführt, unter denen die Gender-Theorie eine zentrale Rolle spielt, die sehr gefährlich ist, weil sie mit ihrem Anspruch, alle gleich zu machen, die Unterschiede auslöscht. Solche ideologischen Kolonisierungen dienen nicht der Schaffung von Frieden, sondern führen vielmehr zu Wunden und Spaltungen zwischen den Staaten.

Der Dialog hingegen muss die Seele der internationalen Gemeinschaft sein. Die aktuelle Situation ist auch auf eine Schwächung der Strukturen der multilateralen Diplomatie zurückzuführen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Die Organisationen, die zur Förderung von Sicherheit, Frieden und Zusammenarbeit geschaffen wurden, sind nicht mehr in der Lage, alle ihre Mitglieder an einem Tisch zu vereinen. Es besteht die Gefahr einer „Monadologie“ und einer Aufsplitterung in „Clubs“, die nur Staaten akzeptieren, die als ideologisch gleichgesinnt gelten. Selbst bislang gut funktionierenden Organisationen, die sich auf das Gemeinwohl und technische Fragen konzentrieren, droht eine Lähmung durch ideologische Polarisierung, da sie von einzelnen Staaten instrumentalisiert werden.

Um ein gemeinsames Engagement für den Frieden wieder neu zu beleben, müssen wir uns auf die Wurzeln, den Geist und die Werte besinnen, aus denen diese Organisationen entstanden sind. Dabei ist der veränderte Kontext zu berücksichtigen und zugleich müssen auch jene in den Blick genommen werden, die sich durch die Strukturen der internationalen Organisationen nicht angemessen abgebildet fühlen.

Dialog erfordert natürlich Geduld, Beharrlichkeit und die Fähigkeit zuzuhören, aber wenn man einen aufrichtigen Versuch unternimmt, Unstimmigkeiten zu beenden, können bedeutende Ergebnisse erzielt werden. Ich denke da zum Beispiel an das *Abkommen von Belfast*, auch bekannt als *Karfreitagsabkommen*, das von der britischen und der irischen Regierung unterzeichnet wurde und dessen 25-jähriges Bestehen letztes Jahr begangen wurde. Es beendete einen dreißigjährigen gewaltsamen Konflikt und kann als Beispiel dienen, um die Verantwortlichen anzuspornen und zu ermutigen, an Friedensprozesse zu glauben, trotz der Schwierigkeiten und Opfer, die sie erfordern.

Der Weg des Friedens führt über einen politischen und gesellschaftlichen Dialog, denn er ist die Grundlage für ein ziviles Zusammenleben in einer modernen politischen Gemeinschaft. Im Jahr 2024 werden in vielen Staaten Wahlen abgehalten. Wahlen sind ein grundlegendes Moment im Leben eines Landes, da sie allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Regierenden verantwortungsvoll zu wählen. Die Worte von Pius XII. klingen aktueller denn je: »Seine Meinung sagen über die ihm auferlegten Pflichten und Opfer und nicht gezwungen sein zu gehorchen ohne angehört zu werden: das sind zwei Rechte des Bürgers, die in der Demokratie, wie schon ihr Name sagt, ihren Ausdruck finden. Aus der Festigkeit, der Übereinstimmung und den Erfolgen dieser Berührung zwischen Bürgern und Regierung kann man erkennen, ob eine Demokratie gesund und im Gleichgewicht und wie stark ihre Lebenskraft und Entwicklungsfähigkeit ist« [9].

Deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die jüngeren Generationen, die zum ersten Mal an die Urnen gerufen sind, es als ihre vorrangige Verantwortung empfinden, durch eine freie und bewusste Teilnahme an den Wahlen zum Aufbau des Gemeinwohls beizutragen. Auf der anderen Seite sollte Politik nie als Aneignung von Macht, sondern als »herausragende

Form der Nächstenliebe« [10] und damit als Dienst am Nächsten innerhalb einer lokalen oder nationalen Gemeinschaft verstanden werden.

Der Weg des Friedens führt auch über den interreligiösen Dialog, der zuallererst den Schutz der Religionsfreiheit und die Achtung von Minderheiten erfordert. Es schmerzt beispielsweise, dass es immer mehr Länder gibt, wo unter massivem Einsatz von Technik Modelle einer zentralisierten Kontrolle über die Religionsfreiheit zur Anwendung kommen. An anderen Orten befinden sich religiöse Minderheitengemeinschaften oft in einer zunehmend dramatischen Situation. In einigen Fällen sind sie vom Aussterben bedroht, und zwar durch eine Kombination aus terroristischen Aktionen, Angriffen auf das kulturelle Erbe und subtileren Maßnahmen wie der Ausweitung von Anti-Konversionsgesetzen, der Manipulation von Wahlvorschriften und finanziellen Restriktionen.

Besonders besorgniserregend ist die Zunahme antisemitischer Akte in den letzten Monaten, und ich möchte noch einmal betonen, dass dieses Übel aus der Gesellschaft ausgemerzt werden muss, vor allem durch Erziehung zur Geschwisterlichkeit und zur Akzeptanz des Anderen.

Ebenso besorgniserregend ist die Zunahme der Verfolgung und Diskriminierung von Christen, vor allem in den vergangenen zehn Jahren. Dabei geht es – auf zwar unblutige, aber doch gesellschaftlich relevante Weise – nicht selten um eine schleichende Marginalisierung und den Ausschluss vom politischen und sozialen Leben und von der Ausübung bestimmter Berufe selbst in traditionell christlichen Gebieten. Insgesamt erfahren mehr als 360 Millionen Christen weltweit ein hohes Maß an Verfolgung und Diskriminierung aufgrund ihres Glaubens, und immer mehr sind gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen.

Schließlich führt der Weg des Friedens über die Bildung, die die wichtigste Investition für die Zukunft und die jungen Generationen ist. Ich erinnere mich noch lebhaft an den Weltjugendtag, der im vergangenen August in Portugal stattfand. Ich danke erneut den portugiesischen Autoritäten, sowohl den zivilen als auch den kirchlichen, für ihr Engagement bei der Organisation des Weltjugendtags und behalte die Begegnung mit mehr als einer Million junger Menschen aus der ganzen Welt voller Enthusiasmus und Lebensfreude in meinem Herzen. Ihre Anwesenheit war eine große Hymne auf den Frieden und ein Zeugnis dafür, dass »die Einheit über dem Konflikt steht« [11] und dass es »möglich ist, bei aller Unterschiedlichkeit eine Gemeinschaft zu entwickeln« [12].

In der heutigen Zeit gehört zu den pädagogischen Herausforderungen auch der ethische Umgang mit den neuen Technologien. Sie können leicht zu Instrumenten der Spaltung oder der Verbreitung von Lügen, sogenannten *Fake News*, werden, aber sie sind auch ein Mittel der Begegnung, des gegenseitigen Austauschs und ein wichtiges Instrument für den Frieden. »Die bemerkenswerten Fortschritte in den neuen Informationstechnologien, insbesondere im digitalen Bereich, bergen daher erstaunliche Möglichkeiten und ernsthafte Risiken, mit schwerwiegenden Auswirkungen auf das Streben nach Gerechtigkeit und Harmonie zwischen den Völkern« [13].

Deshalb hielt ich es für wichtig, die jährliche Botschaft zum Weltfriedenstag der künstlichen Intelligenz zu widmen, die eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre ist.

Es ist wichtig, dass die technologische Entwicklung auf ethische und verantwortungsvolle Weise erfolgt und die zentrale Stellung des Menschen gewahrt bleibt, dessen Bedeutung niemals durch einen Algorithmus oder eine Maschine ersetzt werden kann und wird. »Die einem jeden Menschen innewohnende Würde und die Geschwisterlichkeit, die uns als Glieder der einen Menschheitsfamilie verbindet, müssen die Grundlage für die Entwicklung neuer Technologien bilden und als unbestreitbare Kriterien für deren Bewertung noch vor ihrem Einsatz dienen, damit der digitale Fortschritt unter Wahrung der Gerechtigkeit stattfinden und zur Sache des Friedens beitragen kann.« [14]

Auf allen Ebenen, national und international, politisch und gesellschaftlich, bedarf es daher sorgfältigen Nachdenkens, damit die Entwicklung der künstlichen Intelligenz auch weiterhin dem Menschen dient und vor allem bei den jungen Menschen die zwischenmenschlichen Beziehungen, einen gesunden Geist der Geschwisterlichkeit und ein kritisches, zur Unterscheidung fähiges Denken fördert und nicht behindert.

In dieser Hinsicht kommt den beiden diplomatischen Konferenzen der Weltorganisation für geistiges Eigentum, die 2024 stattfinden werden und an denen der Heilige Stuhl als Mitgliedstaat teilnehmen wird, besondere Bedeutung zu. Für den Heiligen Stuhl ist das geistige Eigentum wesentlich auf die Förderung des Gemeinwohls ausgerichtet und kann sich nicht von ethischen Beschränkungen lossagen, wo es zu Ungerechtigkeit und unzulässiger Ausbeutung führt. Besondere Aufmerksamkeit muss auch dem Schutz des menschlichen Erbguts gewidmet werden, um Praktiken zu verhindern, die gegen die Menschenwürde verstoßen, wie die Patentierung von menschlichem biologischem Material und das Klonen von Menschen.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

in diesem Jahr bereitet sich die Kirche auf das Heilige Jahr vor, das am nächsten Weihnachtsfest beginnen wird. Ich danke insbesondere den italienischen Autoritäten, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, für die Anstrengungen, die sie unternehmen, um die Stadt Rom auf den Empfang zahlreicher Pilger vorzubereiten und ihnen eine geistlich fruchtbare Teilnahme am Heiligen Jahr zu ermöglichen.

Vielleicht brauchen wir das Heilige Jahr heute mehr denn je. Angesichts von so viel Leid, das nicht nur bei den direkt Betroffenen, sondern in allen unseren Gesellschaften Verzweiflung hervorruft; angesichts unserer jungen Menschen, die sich, anstatt von einer besseren Zukunft zu träumen, oft ohnmächtig und entmutigt fühlen; und angesichts der Dunkelheit dieser Welt, die sich eher auszubreiten als zu verringern scheint, ergeht mit dem Jubiläumsjahr die Botschaft, dass Gott sein Volk niemals im Stich lässt und die Türen seines Reiches immer offenhält. In der jüdisch-

christlichen Tradition ist das Jubeljahr eine Zeit der Gnade, in der wir Gottes Barmherzigkeit und die Gabe seines Friedens erfahren. Es ist eine Zeit der Gerechtigkeit, in der die Sünden vergeben werden, in der die Versöhnung die Ungerechtigkeit überwindet und in der die Erde zur Ruhe kommt. Es kann für alle – Christen und Nichtchristen gleichermaßen – zu einer Zeit werden, in der die Schwerter zerbrochen und zu Pflugscharen gemacht werden; zu einer Zeit, in der ein Volk nicht mehr das Schwert gegen ein anderes erhebt und die Kunst des Krieges nicht mehr gelernt wird (vgl. *Jes 2,4*).

Dies ist mein Wunsch, liebe Brüder und Schwestern, mein Herzenswunsch für jeden von Ihnen, liebe Botschafter und Botschafterinnen, für Ihre Familien, für Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und für die Völker, die Sie repräsentieren. Danke und allen ein gutes neues Jahr!

[1] *Rundfunkbotschaft über Demokratie und Weltfrieden*, 24. Dezember 1944

[2] Pastorale Konstitution *Gaudium et spes* über die Kirche in der Welt von heute (7. Dezember 1965), 79.

[3] Vgl. Benedikt XV., *Brief an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker* (1. August 1917).

[4] Vgl. Enzyklika *Fratelli tutti* über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft (3. Oktober 2020), 262.

[5] Vgl. Apostolisches Schreiben *Laudate Deum* an alle Menschen guten Willens über die Klimakrise (4. Oktober 2023).

[6] *Ansprache bei der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen*, 2. Dezember 2023.

[7] *Ebd.*

[8] *Ansprache bei der Schlusssitzung der «Rencontres Méditerranéennes»*, Marseille, 23. September 2023, 1.

[9] Vgl. *Rundfunkbotschaft über Demokratie und Weltfrieden*, 24. Dezember 1944.

[10] Pius XI., *Ansprache an die Federazione Universitaria Cattolica Italiana*, 18. Dezember 1927.

[11] Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium* (24. November 2013), 228.

[12] Vgl. *ebd.*

[13] *Botschaft zum 57. Weltfriedenstag* (8. Dezember 2023), 1.

[14] *Ebd.*, 2.